

# Parlament krebst bei FHNW zurück

**Sinneswandel** Beim zweiten Anlauf hat es geklappt: Die Fachhochschule bekommt mehr Geld

Landrat BL



VON MICHAEL NITTAUS

Nur einen guten Monat nach dem ersten gescheiterten Anlauf stieg Urs Wüthrich ein weiteres Mal in den Ring. Und dieses Mal brachte er Leistungsauftrag und Globalbeitrag für die Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) durchs Parlament. Allerdings nicht ohne Kampf: «Als Sportminister bin ich mir das gewöhnt», scherzte er im Anschluss gegenüber der bz.

Das Budget der FHNW wird nun in den nächsten drei Jahren um 80 auf total 675 Millionen Franken aufgestockt. Der Anteil Basellands beträgt 187 Millionen Franken – 30 Millionen mehr als bisher. Den Rest übernehmen die anderen Trägerkantone Basel-Stadt, Solothurn und Aargau. Wurde die Vorlage Ende Oktober noch per Stichentscheid des Landratspräsidenten Urs Hess (SVP, Pratteln) zurückgewiesen, sprachen sich nun immerhin 56 Parlamentarier für die Vorlage aus – 14 mehr als damals. Nur alle 21 SVPLer sowie der im linken Lager isolierte Grüne Jürg Wiedemann (Birsfelden) drückten die roten Knöpfe. Drei Landräte enthielten sich. Damit entschieden sich grosse Teile der FDP und der Grünen um.

## Regierung in die Pflicht genommen

Ganz ohne Zugeständnisse ging es aber nicht: Mit grossem Mehr überwies der Landrat nämlich auch noch einen Antrag der FDP. Dieser war die Ergänzung, die der Regierungsrat in die zweite Vorlage eingebaut hatte, «schlicht nicht verbindlich genug». So ging die Regierung auf zwei Motionen des Landrates nur ein, indem sie zusicherte, die «Anliegen mit den Regierungen der Partnerkantone sowie mit der FHNW zu verhandeln und dem Landrat über die Ergebnisse Bericht zu erstatten». Gemäss dem



Die Wogen um die FHNW – hier das Grossprojekt Kubus in Muttenz – haben sich geglättet.

DANIEL HALLER

FDP-Antrag ist der Regierungsrat nun aber verpflichtet, «im Sinne eines verbindlichen Vollzugscontrollings binnen Jahresfrist eine zusammen mit der FHNW erarbeitete Strategie zum Bremsen des starken Kostenanstiegs vorzulegen». Zudem soll die FHNW-Struktur auf Doppelspurigkeiten mit den Universitäten überprüft und falls nötig eine Strategie zu deren Beseitigung vorgelegt werden.

«Diese Ergänzung kommt mir nicht in die Quere. Sie wäre bloss gar nicht nötig gewesen, da sie lediglich etwas, das auch in der Regierungsvorlage steht, detaillierter formuliert», reagiert Wüthrich. Für ihn stand vor allem etwas im Zentrum:

die Stellung Basellands gegenüber den anderen Trägerkantonen. «Es war meine grosse Sorge, dass die anderen plötzlich sagen, dass der «Bremsklotz» Baselland die Konse-

## «Erleichterung ist nicht gleich Leichtsinnsinn.»

Peter Schmid,  
Fachhochschulratspräsident

quenzen tragen muss.» Thomas de Courten sieht es genau umgekehrt: «Dieser künstliche Zeitdruck, die Vorlage heute durchzupfeitschen, zeugt eher von mangelndem Respekt ge-

genüber dem Landrat.»

War das Nein noch ein grosser Schock für die FHNW, zeigt sich Fachhochschulratspräsident Peter Schmid gegenüber der bz nun umso erleichterter: «Das ist ein ausserordentlich positives Zeichen – nicht nur für die FHNW, sondern für die ganze Nordwestschweiz.» Ihm sei jedoch bewusst, dass 2012 intensive Gespräche und viel Aufklärungsarbeit nötig seien. Schmid: «Erleichterung ist nicht gleich Leichtsinnsinn.» Er ist sich sicher, dass grosse Teile der Kritik darauf beruhen, immer nur auf die nackten Zahlen zu schauen: «Man darf nicht ausblenden, was wir mit den Geldern genau bewirken.»

## Landrat News



FOTO: ZVG

## SVP-Fraktion Straumann folgt auf de Courten

Wie die SVP Baselland mitteilte, hat die SVP-Landratsfraktion an der gestrigen Sitzung ihren neuen Präsidenten gewählt. Dominik Straumann (Muttenz, Foto), seit 2003 im Landrat, tritt die Nachfolge des in den Nationalrat gewählten Thomas de Courten (Rünenberg) an. Neben der Durchsetzung der programmatischen Schwerpunkte soll auch die Rückkehr der SVP in die Regierung vorbereitet werden. (BZ)

## Krankenkasse «Schwarze Liste» ist abgesegnet

In der Auseinandersetzung um eine «Schwarze Liste» säumiger Zahler bei den Krankenkassenprämien hat sich der Landrat auf einen Kompromiss geeinigt. Dieser sieht die Umsetzung neuen Bundesrechts ab Anfang 2012 vor. Die heftig umstrittene Listen-Frage wurde aber auf August 2012 vertagt. Die Regierung soll bis dahin eine neue Vorlage erstellen, die das Führen einer Schwarzen Liste gesetzlich regelt. Eine Volksabstimmung über den gesamten Beschluss ist dank der Einstimmigkeit des Rats nicht mehr nötig. (SDA)

# Schäfli kommt Fraktion zuvor

**FDP** Patrick Schäfli tritt aus der Landratsfraktion aus – auch für die Partei ist er nicht mehr tragbar

VON MICHAEL NITTAUS

Es hatte etwas von einer Nacht- und Nebelaktion: Gestern um 0.26 Uhr verschickte der FDP-Landrat Patrick Schäfli ein Communiqué, das es in sich hatte: «Ich frage mich, warum der Fraktionsvorstand der FDP versucht, mich mit einer perfiden Kampagne in der Öffentlichkeit zu schädigen», heisst es da. Und weiter: «Die freie Meinungsäusserung wird vom derzeitigen Vorstand nicht mehr respektiert.» Schäflis Konsequenz: Er tritt «mit sofortiger Wirkung» aus der FDP-Landratsfraktion aus und wird als fraktionsloses FDP-Mitglied im Parlament weiter politisieren.

Damit kommt er der Fraktion zuvor. Deren Vorstand um Präsident Rolf Richterich hatte nämlich Mitte November einen Ausschluss-Antrag gestellt. Gestern hätte die Fraktion darüber beschliessen sollen – nachdem Schäfli das rechtliche Gehör gewährt worden wäre (die bz berichtete). Richterich zeigt sich überrascht, sagt aber auch: «Er hatte wohl keine Argumente mehr, um sich zu erklären.» Der Fraktionspräsident legt zudem Wert darauf, dass der Ausschluss Schäflis noch keine beschlossene Sache war. Allerdings fügt er an, dass «die ganze Fraktion Probleme mit seiner Teamfähigkeit hatte».

Mit dem Fraktionsaustritt ist es freilich nicht getan: «Es mutet schon seltsam an, wenn Patrick Schäfli nur aus der Fraktion, nicht aber aus unse-



Patrick Schäfli politisiert im Landrat nun fraktionslos weiter.

ZVG

rer Partei austreten würde», bringt FDP-Präsident Michael Herrmann das Szenario auf den Punkt. Spätestens nach den gestrigen Aussagen sei er für die FDP «nicht mehr tragbar».

## Auch Partei erwartet seinen Austritt

Die Partei klärt nun, wie ein Ausschlussverfahren korrekt abzulaufen hätte. Dabei stellt sich die Frage, ob die Kantonalpartei oder Schäflis Ortssektion Pratteln aktiv werden muss. Ein Blick in die kantonalen FDP-Statuten zeigt: Die Parteileitung kann einen Ausschluss beantragen, doch das letzte Wort hat die Ortssektion. «Natürlich liegt das Thema in der Luft»,

sagt der Prattler Vizepräsident René Kessler. Vorderhand werde die Ortssektion aber kein Verfahren einleiten, sondern sich erst an einer Sitzung im Dezember oder Januar beraten. Kessler: «Die Suppe wird nicht so heiss gegessen wie gekocht.»

Am gelegensten käme der FDP ein anderer Weg: «Ich erwarte von Schäfli, dass er nun auch so konsequent ist, und den nächsten Schritt selbst macht», sagt Herrmann. Kessler ist diesbezüglich zuversichtlich: «Ich denke es ist sehr wahrscheinlich, dass er von sich aus austritt.» Schäfli selbst war gestern für eine Stellungnahme nicht erreichbar.

Aufsteller



Einen «geradlinigen Landrat» und eine «fröhliche Landrätin» musste Landratspräsident Urs Hess (SVP, Pratteln) gestern gehen lassen: **Thomas de Courten** (SVP-Fraktionspräsident, Rünenberg) und **Daniela Schneeberger** (FDP, Thürnen) wechseln beide in den Nationalrat und hatten gestern ihre letzte Sitzung. De Courten ist laut Hess ein Mann mit «sehr vielen Ecken und Kanten», aber immer offen und mit «Sinn für Politik». Schneeberger habe sich immer für die Rechte des Parlaments eingesetzt, selbiges mit Schnitzelbänken unterhalten und es zuletzt beim Betriebsausflug nach Uri nächtens mit der Taschenlampe wieder sicher heimgebracht.

Ablöcher



Es ist nicht das erste Mal, dass er es tut; es ist nicht das erste Mal, dass es überhaupt ein Landratspräsident tut: **Urs Hess** (SVP, Pratteln) fühlte sich gestern aufgrund der langwierigen Fragestunde im Gremium wieder einmal genötigt, seinem «Unmut Luft zu machen». Es sei «nicht sehr anständig» von seinen Landratskollegen, in der Fragestunde mehr als je eine Frage zu stellen. Es wäre effizienter, dies mit einer schriftlichen Anfrage zu tun. Aber auch die Regierungsräte rügte der Landratspräsident: Ihre Antworten seien viel zu lang. Das Reglement verlange «möglichst kurze Antworten». Daraufhin klatschten alle Landräte, weil man nach drei Stunden Sitzung endlich zu Traktandum 6 gelangte.

## «Der Kanton reagiert zu spät»

«**Allschwiler**» **Deponie** Auch im Landrat war die Verunreinigung des Lörzbaches bei Allschwil mit giftigem Hexachlorcyclohexan (HCH) aufgrund einer illegalen Deponie im benachbarten Niederhagenthal Thema. Unter anderem Martin Forter, Umweltexperte im Auftrag der Gemeinde Allschwil, hatte die Öffentlichkeit darüber informiert (die bz berichtete).

Der Allschwiler Landrat Andreas Bammatter (SP) wollte nun von Umweltdirektorin Sabine Pegoraro wissen, warum «zuerst immer Herr Forter, dann die Gemeinde Allschwil» aktiv werden müsse, bis sich der Kanton des Themas ernsthaft annehme. Sein Kollege Jürg Wiedemann (Grüne, Birsfelden) hakte nach, was die Regierung unternehmen wolle, um die verunsicherten Allschwiler zu beruhigen.

Pegoraro versicherte, dass der Kanton die Situation «selbstverständlich klären möchte». 2004 und 2005 habe das Amt für Umweltschutz und Energie (AUE) Baselland im Lörzbach HCH unter dem gesetzlichen Grenzwert entdeckt. Zusammen mit der Gemeinde Allschwil und Forter sei man damals übereingekommen, wegen der geringen Mengen nichts zu unternehmen. Dieses Jahr habe das AUE Basel-Stadt im Auftrag von Forter eine weitere Untersuchung durchgeführt. Davon habe die Umweltschutzdirektion erst über die Medien erfahren.

## «Kein akuter Handlungsbedarf»

Das AUE Baselland werde nun regelmässige Untersuchungen der betroffenen Gewässer vornehmen. Laut Kantonstierarzt Ignaz Bloch bestehe allerdings kein akuter Handlungsbedarf, weil sowohl Angel- wie Weidesaison für dieses Jahr vorüber seien. Schuldig blieb Pegoraro aber noch eine Erklärung, warum sich die beiden AUEs bei solchen Befunden nicht austauschen.

Elisabeth Augstburger (EVP, Liestal) will die Sache auch im Trinationalen Eurodistrict Basel (TEB) ansprechen. Der Districtsrat sei genau das Gremium, das für solche grenzüberschreitenden Probleme zuständig sei. (BOB)